



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 11. Sitzung des Ortsbeirates Leuben (OBR Leu/011/2015)**

**am Mittwoch, 2. Dezember 2015,**

**19:00 Uhr**

**im Ortsamt Leuben, Bürgersaal,  
Hertzstraße 23, 01257 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 19:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 20:35 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Steffen Börner

Katrin Hoogestraat

Tobias Kittlick

Mitglied Liste DIE LINKE

Rolf Böhme

Marina Brandt

Dr. Rainer Kempe

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Wolf Dieter Stiehl

Mitglied Liste SPD

Michael Krüger

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Michael Kater

Mitglied Liste FDP

Matteo Böhme

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Anita Köhler

Mitglied Liste NPD

Hartmut Krien

Stellvertretende Mitglieder

Carola Klotzsche

Pia Reinhard

Vertretung für Herrn Eberhard Kunte

Vertretung für Frau Barbara Meyer-Wyk

**Abwesend:**

Mitglied Liste CDU

Eberhard Kunte

Barbara Meyer-Wyk

**Verwaltung:**

Frau Greif  
Frau Marin

Jugendamt  
Jugendamt

**Gäste:**

Herr Köth  
Herr Dethleff

Bürgerinitiative Mein Laubegast  
Laubegast ist bunt

sowie ca. 45 Bürger/innen

**Schriftführer:**

Ralf-Uwe König

SB Ortsbeiratsangelegenheiten Ortsamt Leuben

## T A G E S O R D N U N G

### Öffentlich

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 10. Ortsbeiratssitzung am 07.10.2015
- 2** Sachstandsbericht Planungskonferenz Kinder-, Jugend- und Familienförderung für den Stadtraum 10 (Ortsamtsbereich Leuben)
- 3** Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte
- 4** Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet (u.a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)

**öffentlich****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 10. Ortsbeiratssitzung am 07.10.2015**

Herr Lämmerhirt eröffnet die 11. Sitzung des Ortsbeirates Leuben mit 14 anwesenden Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten bzw. ihren Stellvertretern und stellt die frist- und ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Mann ist entschuldigt, Frau Reinhard vertritt Frau Meyer-Wyk und Herr Kunte wird von Frau Klotzsche vertreten.

Die Tagesordnung und die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.10.2015 werden bestätigt. Frau Brandt und Herr M. Böhme werden die Niederschrift der heutigen Sitzung gegenzeichnen. Bevor der TOP 2 behandelt wird, informiert Herr Lämmerhirt darüber, dass die ehemalige langjährige Ortsbeirätin, Frau Elke Schmitz, bereits am 11.03.2015 im Alter von 75 Jahren verstorben ist. Zu ihrem Gedenken bittet er um ein kurzes stilles Gedenken.

**2 Sachstandsbericht Planungskonferenz Kinder-, Jugend- und Familienförderung für den Stadtraum 10 (Ortsamtsbereich Leuben)**

Zu diesem TOP begrüßt Herr Lämmerhirt Frau Greif und Frau Marin vom Jugendamt. Frau Marin bedankt sich für die Einladung und berichtet über die Inhalte der Planungskonferenz, welche am 25.11.2015 stattfand. Vom Ortsbeirat Leuben waren Frau Meyer-Wyk und Herr Stiehl anwesend. Frau Marin informiert über den aktuellen Sachstand der Kinder-, Jugend- und Familienförderung. Inhaltlich gliedert er sich dabei in 4 Punkte:

1. Mobile Angebote
2. Demokratiebildung
3. Familienbildung- frühe Hilfen
4. Sozialräumliche Angebotsentwicklung

Laut Teilfachplan bestehe Bedarf an einem mobilen Angebot nach § 13 SGB VIII für Kinder und Jugendliche. Ein entsprechendes Angebot sei konzeptionell zu entwickeln und zu installieren. Zur Umsetzung wird ausgeführt, dass seit Dezember 2014 die mobile Jugendhilfe MOLE mit einer Vollzeitstelle gefördert wird, mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 26.11.2015 erfolgt eine Erhöhung um eine weitere Vollzeitstelle ab 2016.

Zum Punkt Demokratiebildung sei der Bedarf laut Teilfachplan so definiert, dass geeignete Maßnahmen und Kooperationsformen zur Demokratiebildung junger Menschen und deren Familien erforderlich seien. In den Angeboten der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit ist Demokratiebildung noch stärker als Querschnittsaufgabe zu verankern. Die Fachkräfte müssten für dieses Handlungsfeld weiter sensibilisiert und entsprechend qualifiziert werden.

Für die Familienbildung wird folgender Bedarf laut Teilfachplan gesehen: So bestehe im Rahmen der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes zusätzlicher Beratungsbedarf für werdende Eltern.

Bei der sozialräumliche Angebotsentwicklung wird der Bedarf laut Teilfachplan so eingeschätzt, dass der Stadtraum Leuben aufgrund der Heterogenität seiner Bewohnerschaft modellhaft geeignet sei zur sozialräumlichen Angebotsentwicklung durch Sozialraumteams (Planungsbericht Kap. 7, S. 224). Spezifische Mikroprojekte, die auch dem steigenden Hilfebedarf von sozial schwachen Familien im Stadtraum insbesondere im Stadtteil Leuben Rechnung tragen, seien zu entwickeln.

Weiterhin informiert Frau Marin über die Stadtraumetats.

Dort würden Mikroprojekte gefördert, bei denen ein anerkannter Träger der Jugendhilfe mit mindestens einem weiteren Akteur eines anderen Bereiches (z.B. Schule, Kita, ASD, Seniorentreff) kooperiert. Weiterhin müssten diese Projekte klar definierte Ziele haben, zeitlich begrenzt sein und zur Deckung der in der Planungskonferenz präzise bestimmten aktuellen Bedarfe dienen.

Aktuelle Bedarfe bestehen demnach in der Demokratiebildung, Partizipation, Integration von Migrant/-innen, bei Freiräumen für Jugendkultur und attraktive Treffplätze, beim Einbezug von Schule als Akteur im Stadtraum, bei der Suchtprävention und beim Stadtraumetat.

Die Planungskonferenz hat beschlossen, zwei Fragen an den Ortsbeirat zu richten, da diese Themen auf der politischen Ebene vor Ort angeschoben werden sollten.

Bezüglich der Staatsoperette bittet sie den Ortsbeirat darum, sich für eine sinnvolle Nutzung des Gebäudes nach dem Auszug einzusetzen. Dabei sollte eine Nutzung für das Gemeinwesen angestrebt werden.

Weiterhin bittet sie den Ortsbeirat, einen Prüfauftrag auf Nutzung von vorhandenen Flächen am alten Elbarm als Freiräume für Jugendkultur und attraktive Treffplätze bei der Landeshauptstadt Dresden zu stellen. Dabei sei ein Nutzungskonzept erforderlich, welches auch mit potenziellen Nutzern gemeinsam erarbeitet werden sollte.

Herr Lämmerhirt bedankt sich für die Ausführungen und bittet um die Fragen der Ortsbeiräte.

**Frau Köhler** fragt nach Möglichkeiten der Vernetzung beispielsweise der Volkssolidarität mit dem Kinder- und Jugendhaus Chilli. Geht die Fördersumme zulasten anderer Budgets?

Frau Marin stellt klar, dass es um eine Gesamtförderung von 7500 € im Jahr, zeitlich begrenzt für Mikroprojekte ginge. Frau Greif ergänzt, dass dies eine zusätzliche Förderung sei, um das Gemeinwesen im Raum zu unterstützen. Keinesfalls würde deshalb in anderen Bereichen gekürzt.

**Herr Kater** ist der Meinung, dass diese Demokratiebildung einseitig geprägt sei bzw. der Begriff Demokratiebildung missbräuchlich verwendet wird, da im Vortrag die Netzwerke „Leuben ist bunt“ und „Laubegast ist bunt“ angesprochen worden.

Frau Marin stellt klar, dass es hierbei um Beteiligungen und Diskussionen in den Jugendhäusern ginge, unabhängig von wem organisiert. Den Jugendlichen möchte man Demokratie über die Sozialarbeiter nahebringen. Diese beiden Netzwerke seien nur beispielhaft für das letzte Jahr erwähnt.

**Frau Brandt** fragt nach, inwieweit Familien gefördert/ einbezogen werden? Gibt es Ansprechpartner?

Frau Greif führt aus, dass es dabei auf werdende Eltern/ Familien bezieht, welche Probleme haben. Es gibt eine Initiative der Landeshauptstadt Dresden, bei welcher seit 6 Jahren alle Familien mit Neugeborenen einen Willkommensgruß des Oberbürgermeisters erhalten. Mit dem Besuch werden gleichzeitig bestimmte Angebote und Unterstützungen der Jugendhilfe offeriert.

Herr Lämmerhirt verweist noch einmal auf die zwei Prüfaufträge und erinnert daran, dass sich bezüglich der Staatsoperette vor ca. zwei Jahren mit diesem Thema befasst habe. Der Antrag des Ortsbeirates umfasst eine Machbarkeitsstudie über die weitere kommerzielle kulturelle Nutzung. Ein aktueller Stand sei ihm nicht bekannt. Angesichts des nahen Auszugstermines sollte eine Anfrage an den Oberbürgermeister gerichtet werden, was ab Januar 2017 mit dieser Immobilie vorgesehen ist. Der Ortsbeirat stimmt dem mehrheitlich zu.

Weiterhin sei das Ortsamtsgebiet mit vielen Freiräumen (Wiesen, Elbauen) gesegnet. Eine Nutzung insbesondere für Jugendliche sei derzeit aber nur sehr begrenzt möglich. Dies sollte mit Angeboten kanalisiert werden. Leider sei das Thema Landschaftskonzept ins Stocken geraten. Unter dem Aspekt der zukünftigen Nutzung der Freiflächen im Altelbarm sie ebenfalls eine Anfrage an den Oberbürgermeister zweckmäßig. Auch dieser Meinung stimmt der Ortsbeirat mehrheitlich zu. Herr Lämmerhirt wird die zwei Anfragen an den Oberbürgermeister stellen und die Ortsbeiräte über die Antworten informieren.

### **3 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte**

**Frau Reinhard:** Spricht Probleme mit parkenden PKW an der Kreuzung Zschierener Straße/ Hostertwitzer Straße an. Die Kreuzung sei nicht rechtwinklig, man müsse auf die Mitte der Straße fahren, um den Verkehr einsehen zu können. Um die Gefahr zu reduzieren, sollte ein Parkverbot in der Nähe der Kreuzung angeordnet werden, bzw. diese Maßnahme mit entsprechender Straßenkennzeichnung (weiße Zickzacklinien) erfolgen.

Herr Lämmerhirt wird sich dazu erkundigen.

**Herr Kittlick** erfragt den aktuellen Stand zum Hochwasserschutz Altelbarm.

Herr Lämmerhirt erklärt, dass dazu in Kürze die öffentliche Auslage im Rahmen des Planstellungsverfahrens (M30, Altelbarm, Leubener Straße, Tiroler Straße) erfolgen soll.

Weiterhin bedauert Herr Kittlick die Absage des STA zur Schaffung von Parkplätzen auf der Troppauer Straße. Herr Lämmerhirt findet dies ebenso unbefriedigend, es seien weitere 4 Monate ohne Ergebnis verstrichen. Diese hätte man schon für einen Planungsprozess nutzen können. Jetzt könnten nur noch die jeweiligen Stadtratsfraktionen nachfragen.

Herr Kittlick erkundigt sich nach Planungen zu den Haltestellen Österreicher Straße. Herr Lämmerhirt informiert, dass es dazu ein Gespräch mit dem Bäckermeister Franke und Herrn Prof. Koettnitz gegeben habe. Ein Kompromiss, dass die Bäckerei weiterhin über die Österreicher Straße beliefert werden könne, sei in Sicht.

**Frau Hoogestraat** bemängelt die Beleuchtung des Fußweges auf der Heidenauer Straße. Herr Lämmerhirt weist darauf hin, dass dies nicht mehr den Ortsamtsbereich betrifft, dennoch werde er sich im Anschluss mit Frau Hoogestraat verständigen. Frau Hoogestraat bezieht sich auf ein Schreiben des STA zur Verkehrssituation Pirnaer Landstraße. Die Beantwortung sei nicht zufrieden stellend. Sie bittet um eine erneute Prüfung des Themas. Die Schüler und Senioren hätten ein Anrecht auf eine sichere Straßenquerung.

Herr Lämmerhirt informiert darüber, dass es mit dem Geschäftsführer der dortigen Schule und der Polizei einen Vor-Ort -Termin geben wird, um zu einer Lösung zu kommen. Auch Stadtratsfraktionen hätten sich schon des Themas angenommen. Er sehe dort dringenden Handlungsbedarf für eine sichere Fußgängerquerung.

**Frau Brandt** fragt nach, wie lange die Bauarbeiten an der Straße des 17. Juni/ Robert-Berndt-Straße dauern? Herr Lämmerhirt wird sich dazu erkundigen.

**Herr Krien** greift das gleiche Thema auf. Warum wird an der Robert-Berndt-Straße bereits am Sonnabend/Sonntag die Straße gesperrt, wenn die Bauarbeiten erst am Montag beginnen? Auch dazu wird Herr Lämmerhirt nachfragen.

**Herr Dr. Kempe** möchte einen Termin für die Bauarbeiten an der Österreicher Straße wissen. Es sollte zu keinen Kollisionen mit anderen Bauarbeiten (z.B. an der Troppauer Straße) kommen. Herr Lämmerhirt antwortet, dass die Troppauer Straße bis Ende 2016 fertiggestellt sein wird. Da der Bau der Österreicher Straße frühestens Ende 2017 beginnt, könne es keine Kollision mit der Baustelle Troppauer Straße geben.

Während der Bauarbeiten an der Österreicher Straße sei eine Interimsstraße durch den Altelbarm (Höhe Steirische Straße) geplant. Wenn nähere Informationen zur Umleitung feststehen, werde der Ortsbeirat darüber informiert.

**Herr R. Böhme** fragt wiederholt zum Fußweg Tronitzer Straße/ Behinderungen durch Pfähle nach. Er bekräftigt die Meinung von Frau Reinhard über die schwierige Verkehrssituation an der Zschierener Straße. Herr Lämmerhirt ging davon aus, dass die Zusagen des STA umgesetzt worden sind. Bis Ende November sollten alle nicht genutzten Pfähle entfernt sein. Er wird dies anmahnen.

**Herr Krüger** äußert den Wunsch, regelmäßige Gesprächsrunden im kleineren Rahmen im Ortsamtsbereich zu veranstalten. Man sei an einem Punkt angelangt, wo sich die Meinungsäußerungen immer mehr radikalisierten. Dies sei eine Möglichkeit zur Deeskalation.

Herr Lämmerhirt spricht sich ebenfalls für den gelebten Dialog aus. Er wolle als Ortsamtsleiter für alle da sein, unabhängig von der politischen Meinung. Auch sollte sich der Dialog nicht nur auf das Thema Asyl beziehen, es gäbe noch genügend andere wichtige Themen. Praktische Erfahrungen hätten gezeigt, dass der Dialog in einer Runde von 20 bis 25 Personen sinnvoll sei. Er bietet interessierten Ortsbeiräten an, sich zu melden. Auch Hinweise aus der Bürgerschaft seien hierzu ausdrücklich erwünscht.

**Herr Krien** ist der Meinung, dass keiner der Beteiligten eine wirkliche Option zur Lösung oder Entscheidung der Probleme habe. Dies sei der Unterschied zum runden Tisch 1989. So könne der gewünschte Dialog kein Ergebnis bringen.

Herr Lämmerhirt spricht sich dafür aus, das Gespräch zu suchen, für viele Probleme könne man eine Lösung finden. Dies gelte insbesondere für Probleme des Ortsamtsgebietes. Jedem sei klar, dass der Ortsbeirat keine sächsischen oder europäischen Lösungen erreichen könne.

**Frau Köhler** ist mit der Antwort des STA zur Troppauer Straße nicht zufrieden. Man könne deutlich das Nichtwollen des STA erkennen. Die vorgeblichen 18 Monate Planungszeit seien nur ein Vorwand. Letztlich gehe es um abgesenkte Bordsteine, welche das Parken ermöglichen.

Die Baustelle an der Hermann-Seidel-Straße sei nicht beleuchtet.

Dort müsse eine Baustellenbeleuchtung installiert werden.

Herr Lämmerhirt nimmt das Anliegen zur Bauberatung mit. Bezüglich der Antwort des STA appelliert er an die Ortsbeiräte, ihre Fraktionen entsprechend einzubeziehen.

**Herr Stiehl** unterstützt die Meinung von Herrn Krüger und möchte sich entsprechend einbringen.

**Herr Krien** möchte wissen, ob Herr Lämmerhirt zwischenzeitlich mit dem Eigentümer der Försterlingstraße 20 wegen der angeblich vergrabenen Dachpappe gesprochen habe.

Herr Lämmerhirt verweist darauf, dass der Fall bei der entsprechenden Behörde angezeigt worden sei. Dies habe Herr Krien selbst veranlasst.

Herr Lämmerhirt verweist darauf, dass es nicht dem Ortsamtsleiter obliege, derartige Gespräche und Ermittlungen zu führen.

#### **4 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet (u.a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)**

Herr Lämmerhirt verweist auf die ausgeteilten Leubener Nachrichten. Bezüglich einer Anfrage der Sperrung des Radkorridors Steirische Straße Richtung Toeplerpark könne er berichten, dass das Widmungsverfahren des kombinierten Rad/Gehweges seit dem 23.11.2015 abgeschlossen ist. Die entsprechende Beschilderung wurde vorgenommen.



Bezüglich der Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich könne er mangels aktueller Informationen keine Auskunft zum ehemaligen Hotel Prinz Eugen geben. Er habe keine Informationen, wann eine Belegung erfolgen wird, ebenso wenig habe er Kenntnis über das Brandschutz,- und Sicherheitskonzept. Er gehe von der Gültigkeit des Stadtratsbeschlusses mit einer Belegung von 94 Personen aus, wenngleich die Baugenehmigung für 115 Personen erteilt wurde.

Zur Umsetzung der Beschlussvorlage V0085/14 werden folgende Informationen gegeben: Im Ortsamtsgebiet gibt es derzeit 24 Gewährleistungswohnungen.

Beim Objekt Breitscheidstraße 117 gab es Gespräche mit den unmittelbaren Anwohnern. Bauliche Änderungswünsche werden derzeit geprüft. Die Baugenehmigung wurde erteilt, seit dem 9. November haben dort einige vorbereitende Maßnahmen (Fällungen, Anlegen einer Baustraße) stattgefunden.

Zum Objekt Försterlingstraße 20 wurde die geänderte Beschlussvorlage (V0532/15) für bis zu 398 Plätze am 19.11. 2015 Stadtrat beschlossen.

**Herr Kittlick** findet es „ein Unding, dass wir hier Vorlagen erhalten, über die wir abstimmen dürfen und uns dann nicht einmal mitgeteilt wird, wenn es irgendwelche Änderungen gibt“. Das sei keine Informationskultur, wie sie der Ortsbeirat Leuben bereits im November 2014 gefordert und in Ergänzungsanträgen eingebracht habe. Es könne ebenfalls nicht sein, dass hier Tatsachen verdreht würden. Es würde behauptet, der Ortsbeirat hätte das Objekt Försterlingstraße selbst eingebracht. Das sei zwar nicht falsch, jedoch nur unter der Prämisse als Ausweichstandort für das Hotel Prinz Eugen. Er habe seine Probleme damit, das Wort im Mund umgedreht zu bekommen. Auch könne man hier einmütig Beschlussempfehlungen an den Stadtrat abgeben, dieser würde dort in Gutsherrenmanier entscheiden. Deshalb sei es zwar ein schönes Angebot, miteinander zu reden, aber was wolle man dem Bürger anbieten, wenn Empfehlungen vom Stadtrat nicht berücksichtigt würden? Frustrierend sei, dass der Ortsbeirat über die Standorte der Heime kein Mitspracherecht habe. Er empfehle nach dem Bezug des ehemaligen Hotels eine Auswertung der Probleme nach zwei bis drei Monaten. Dies sollte in einer großen Informationsveranstaltung (z.B. in der Operette) stattfinden.

**Herr Lämmerhirt** informiert, dass er dies bereits angeregt habe. Sein Ziel sei eine Informationsveranstaltung nach 4-6 Wochen nach Eröffnung. Die Ängste der Bürgerschaft nehme er sehr wohl wahr und diese würden Ernst genommen. Allerdings kenne er auch seine Grenzen.

**Herr M. Böhme** kritisiert scharf das Handeln der öffentlichen Verwaltung. Er erkenne klar eine konkrete Handschrift der aktuellen Stadtratsmehrheit nach einer „Friss- oder Stirb“- Mentalität. Das eine oder andere Amt habe dies wohlwollend übernommen. Daher seien Gesprächsrunden wichtig, aber davor und nicht danach. Der Ortsbeirat Leuben habe einen Alternativstandort vorgeschlagen und in den Stadtrat gebracht. Das Ergebnis sei: „das Prinz Eugen machen wir trotzdem mit und die Försterlingstraße nicht als Alternativstandort, sondern als Plus mit obendrauf!“ Letztlich bekäme man das alles nach benannter „Friss- oder Stirb- Mentalität“ als Brocken vorgeworfen. So könne das alles nicht funktionieren und es brauche sich niemand über regelmäßige Spaziergänge in Laubegast zu wundern. Die Anwohner fühlten sich mit Recht übergangen. Eine bessere Informations- und Kommunikationspolitik über die Standorte sei von Frau Dr. Cordts zugesagt worden. Leider sei davon nichts zu merken. Dem Bürger würde eine größere Bürgerbeteiligung vorgegaukelt. So wurde in der Vorlage für die Försterlingstraße stets von 168 Personen ausgegangen. Die Bürger wurden auch in den Medien stets über diese Zahl informiert, der Ortsbeirat hat darüber beraten. Der Stadtrat habe aber bereits einer Belegung von ca. 400 Personen an diesem Standort zugestimmt. Der Ortsbeirat wurde aber nicht an dieser Änderung beteiligt. In Richtung Sozialamt und der Stadtratsfraktionen äußert er die Überzeugung, dass dies keine Bürgerbeteiligung darstelle.

**Frau Brandt** bittet darum, die Anwohner der Neubauten an der Breitscheidstraße in die Gespräche einzubeziehen. Herr Lämmerhirt möchte die Gespräche mit den direkten Anwohnern fortsetzen. Die Neubauten seien ca. 400 m entfernt.

**Herr Dr. Kempe** schließt sich ausdrücklich der Kritik einer höheren Belegungszahl am Standort Försterlingstraße ohne vorherige Behandlung und Information im Ortsbeirat an. Dies sei eine untaugliche Informationspolitik. Er möchte grundsätzlich vor jeder Eröffnung eines Asylbewerberheimes eine Informationsveranstaltung mit Betreiber- und Sicherheitskonzept festgeschrieben wissen.

**Herr Krüger** versteht Herrn Böhme und Herrn Kittlick. Es wäre besser gewesen, das Thema Försterlingstraße nochmals im Ortsbeirat zu behandeln. Aber angesichts des Termindrucks bei der Unterbringung wäre so nur weitere Zeit verstrichen. Am Ergebnis hätte sich nichts geändert.

**Herr Krien** fragt nach Ansprechpartnern für Gewährleistungswohnungen bei Vorfällen. So sei in der in der Rottwerndorfer Straße 1 der Hausflur durch einen Asylbewerber verunreinigt worden. Die Gagfah habe nur auf die anstehende regelmäßige Reinigung verwiesen. Eine Sozialarbeiterin sei ratlos gewesen. Weiterhin fragt er nach dem Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Herr Lämmerhirt informiert, dass im Ortsamtsgebiet nach seinem Kenntnisstand derzeit keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge untergebracht sind. Die im Stadtgebiet untergebrachten Minderjährigen würden ganztägig betreut. Er bittet Herrn Krien um konkrete Aussagen und Fragen per Mail zum Thema Ansprechpartner Gewährleistungswohnungen.

**Herr Kater** ist der Meinung, mit runden Tischen und dergleichen nichts ändern zu können. Deshalb werde er sich zu sogenannten Informationsveranstaltungen nicht missbrauchen lassen. Die Veranstaltung in der Operette sei eine Schauveranstaltung gewesen. Dies möchte er nicht noch einmal erleben müssen.

Herr Lämmerhirt bedankt sich bei den Ortsbeiräten und wünscht eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gesundes neues Jahr. Gleichzeitig verabschiedet er Herrn König, SB Ortsbeirat Leuben und bedankt sich auch im Namen des Ortsbeirates für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm alles Gute im neuen Aufgabenbereich. Herr König übernimmt eine neue Tätigkeit innerhalb der Landeshauptstadt Dresden. Sein Aufgabengebiet wird bis zu einer Neubesetzung Herr Schüller, SB Ortsbeirat Prohlis, übernehmen. Herr Schüller ist erreichbar unter 488 8316 und [sschuel-ler@dresden.de](mailto:sschuel-ler@dresden.de). Die Sitzung endet 20.35 Uhr.

Jörg Lämmerhirt  
Vorsitzender

Ralf-Uwe König  
Schriftführer

Marina Brandt  
OBR-Mitglied

Matteo Böhme  
OBR-Mitglied